

»Wir dürfen die Kapitalismuskritik nicht den Rechten überlassen«

Chantal Mouffe im Gespräch mit Florian Borchmeyer

Chantal Mouffe (*1943 in Charleroi, Belgien) lehrt Politische Theorie an der University of Westminster, leitet dort das »Centre for the Study of Democracy« und gehört zu den wirkungsmächtigsten Denker_innen einer unorthodoxen zeitgenössischen Linken. Gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler Ernesto Laclau verfasste sie das 1985 erschienene Buch »Hegemony and socialist strategy. Towards a radical democratic politics« (dt.: »Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus«, 1991), das zu einem Grundlagentext des Postmarxismus wurde. Das darin vorgestellte Modell einer »agonistischen« Politik arbeitete Mouffe 2005 in »On the Political: Thinking in action« (dt.: »Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion«, 2007) zu einer Theorie des radikalen Pluralismus gegen die Bestrebungen nach einem rationalen Konsens in der Politik aus. In »Agonistics: Thinking the world politically« (dt.: »Agonistik: Die Welt politisch denken«, 2014) übertrug sie diese Theorie auf die konkreten Möglichkeiten des politischen Handelns, aber auch des künstlerischen Schaffens. Im Umfeld von Milo Raus »General Assembly« an der Schaubühne traf Dramaturg Florian Borchmeyer Chantal Mouffe zu diesem Gespräch.

Florian Borchmeyer: Vor etwas mehr als zehn Jahren hatten Sie in Ihrem Buch »Über das Politische« gefordert, wir müssten zur Erneuerung der Demokratie in einer Zeit der Postdemokratie, in der sich die politischen Parteien nicht mehr voneinander unterscheiden und das Ziel jeder Politik in einem Konsens der Mitte zu bestehen scheine, die »agonistische« Vorstellung eines Kampfes zwischen der Rechten und der Linken zurückgewinnen. Nur wenige Jahre später, nach dem Erscheinen Ihres Buches »Agonistik«, haben Sie diesen Standpunkt weitgehend revidiert: Sie hätten eingesehen, dass die Wiederbelebung der Vorstellungen von rechts und links in unserer Zeit nicht mehr funktioniere. Um die Demokratie zu reformieren und radikalieren, müssten wir vielmehr auf Rezepte des Populismus zurückgreifen. Seitdem setzen Sie sich für ein Projekt des Linkspopulismus ein. Was hat Sie dazu geführt, Ihre Wahrnehmung der gegenwärtigen Politik so tiefgreifend zu verändern?

Chantal Mouffe: Zwei Vorbemerkungen über meine Arbeitsweise: Erstens wende ich mich ganz entschieden gegen die normative politische Philosophie. Die Vertreter einer derartigen Philosophie erklären: »So müsste die Welt sein.« Und wenn ich die Frage stelle: »Wie sollen wir das erreichen?«, heißt es: »Das ist nicht mein Problem. Ich beschäftige mich mit Philosophie, und das ist Angelegenheit der Politiker.« Ich hingegen versuche zu verstehen, wie die Welt ist, damit man sie umgestalten kann. Ich bekenne mich zu einer Sichtweise, die ich »machiavellisch«

nenne. Althusser hat in einem letzten Text über Machiavelli etwas sehr Zutreffendes gesagt: dass Machiavelli *in* der Konjunktur und nicht *über* die Konjunktur denke. Er positioniert sich nicht außerhalb, sondern versucht, »la verità effettuale della cosa« (»die wirkliche Wahrheit der Tatsachen«) zu verstehen, wie die Dinge wirklich sind – um zu erkennen, wie man sie umgestalten kann. Wenn ich von Populismus spreche, bringe ich mich in die Konjunktur ein. Und schließlich war die Konjunktur vor zehn Jahren, als »Über das Politische« veröffentlicht wurde, anders. In meinen Überlegungen zum Linkspopulismus stelle ich keine allgemeinen Rezepte bereit. Ich sage nicht: »Das muss immer und überall die Linke oder die politische Denkweise sein.« Sondern: »Heute, in Europa, in der gegenwärtigen Konjunktur ...« Der zweite wichtige Punkt ist, dass man alle Überlegungen, die ich zum Linkspopulismus näher ausführe, nur verstehen kann, wenn man sie in den Kontext einer spezifischen theoretischen Perspektive setzt.

FB: Das betrifft gewiss Ihre Auffassung des »Politischen«. Wie würden Sie dieses definieren?

CM: Es gibt zwei grundsätzliche Möglichkeiten, das Politische zu definieren. Auf der einen Seite den assoziativen Ansatz. Die meisten politischen Theoretiker, selbst Hannah Arendt, sagen: Das Politische ist der Raum der Freiheit, des gemeinsamen Handelns. Arendt betont die Pluralität nachdrücklich, doch sie räumt dem Antagonismus keinen Platz

ein. Daneben gibt es die dissoziative Denkweise: Das Politische sei der Raum des gemeinsamen Handelns, aber ein vom Konflikt geprägter Raum, und diese Antagonismen können keine rationalen Lösungen haben. Das gilt für Schmitt, auch für Machiavelli und in gewisser Hinsicht außerdem für den Marxismus – nur, dass der Marxismus den Antagonismus anerkennt, aber davon ausgeht, dass es nur einen Klassenantagonismus gebe und er sich überwinden lasse, um zu einer Lösung zu kommen: Danach, im Kommunismus, gebe es keinen Antagonismus mehr. Schmitt hingegen sagt: »Es gibt zahlreiche Antagonismen, der Antagonismus kann ausgehend von allen möglichen sozialen Beziehungen, nicht allein aufgrund von Klassenbeziehungen auftreten.« Ich trete für die dissoziative Position ein. Die Gesellschaft ist zwangsläufig geteilt, und es gibt keine Möglichkeit, dass man diese Teilung überwinden kann. Demokratie bedeutet also: Wie kann man zusammenleben, wenn man anerkennt, dass es Konflikte gibt, die keine rationale Lösung haben, anstatt sie zu leugnen? Sicher ist, dass diejenigen, die sich zu einer dissoziativen Sichtweise bekennen – dies gilt für Schmitt, auch für Hobbes, hingegen nicht für Machiavelli –, im Allgemeinen sagen: »Man muss eine Ordnung herstellen, und diese Ordnung kann nur eine autoritäre Ordnung sein.« Die meisten politischen Theoretiker, die sich zu einer dissoziativen Sichtweise bekennen, sind keine Verteidiger der pluralistischen Demokratie.

FB: Soll man sich also auf antidemokratische Überlegungen stützen, um die Demokratie gegen die postdemokratischen Verhältnisse zu verteidigen, sie aus einer linken Sichtweise heraus sogar radikalieren? Ist das kein Widerspruch?

CM: Meine Fragestellung – mit Schmitt und gegen Schmitt – ist: Wie kann man Institutionen schaffen, die es erlauben, die Möglichkeit einer pluralistischen Demokratie zu verteidigen, und die dabei zugleich das Vorhandensein des Antagonismus anerkennen. Schmitt zufolge ist die pluralistische Demokratie eine nicht überlebensfähige Staatsordnung; wenn man nämlich anerkennt, dass es antagonistische Konflikte gibt, kann man diese Konflikte nicht rechtfertigen, weil dies zum Bürgerkrieg führt. Habermas dagegen beruft sich auf die pluralistische Demokratie und verneint somit den Antagonismus. Meine Herausforderung besteht darin, den Antagonismus anzuerkennen und sich zugleich die Bedingungen einer pluralistischen Demokratie vorzustellen, wobei man feststellen muss, dass sich der Konflikt tatsächlich in der von Schmitt formulierten Form der Freund-Feind-Beziehung entwickeln kann, doch er kann sich auch in agonistischer Form vollziehen, bei der die Beteiligten als Kontrahenten auftreten – Opponenten, die wissen, dass sie sich nicht einigen können, die jedoch das Recht der anderen respektieren, für ihren Standpunkt einzutreten. Nach meiner Ansicht besteht die Herausforderung der Demokratie darin, solche Institutionen einzuführen, die es ermöglichen, den Konflikt in einer Form zu inszenieren, die nicht zum Bürgerkrieg führt. Die pluralistische Demokratie bedeutet, den Antagonismus in Agonismus umzugestalten. Um den Pluralismus gedanklich zu erfassen, muss man die Tatsache anerkennen, dass das Auftreten des Antagonismus stets möglich sein wird. Eine vollkommen versöhnte Gesellschaft wird nicht mehr pluralistisch sein.

Die pluralistische Demokratie bedeutet, den Antagonismus in Agonismus umzugestalten.

FB: Trotzdem ähnelt dies weitgehend dem Modell des liberalen Pluralismus: die Annahme einer Vielzahl von politischen Tendenzen, die koexistieren können, indem sie sich gegenseitig respektieren, obwohl sie entgegengesetzte politische Ziele verfolgen.

CM: Es gibt zwei pluralistische Auffassungen: Auf der einen Seite die liberale Konzeption, die sagt, wenn es jemanden gäbe, der sich außerhalb der Gesellschaft befände und aus der Perspektive des Sirius die Vielzahl von Standpunkten sähe, würde er im Grunde feststellen, dass sie, alle zusammengenommen, ein harmonisches Ganzes bilden. Ich hingegen trete für eine Konzeption des Pluralismus ein, die von Max Weber und Nietzsche angeregt wird: den »Krieg der Götter«. Wenn man von Pluralismus spricht, muss man zwangsläufig anerkennen, dass es stets Antagonismus geben wird. Dies ist der tiefe Unterschied zwischen der liberalen Sichtweise und meiner Position. Zusammen mit Ernesto Laclau habe ich in »Hegemonie und radikale Demokratie« die diskursive Konstruktion der Gesellschaft und der Identitäten entwickelt: die Kritik des Essentialismus. Demnach werden Identitäten durch Diskurs konstruiert. Und das hat gerade mit der Konstruktion der politischen Identitäten zu tun. Dies ist absolut maßgeblich, um meine Vorstellung des Linkspopulismus zu verstehen. Das Volk kann auf ganz unterschiedliche Weise konstruiert werden, und ein Unterschied zwischen Rechtspopulismus und Linkspopulismus ist die Art und Weise, wie man das Volk konstruiert.

Der Populismus ist keine Ideologie und hat keinen besonderen Inhalt; er ist eine diskursive Form, die politische Grenze zu konstruieren.

FB: Was verstehen Sie unter Populismus? Der Begriff wird meist in abwertendem Sinne gebraucht, als Synonym für Demagogie, Wählerfang, Opportunismus. Und so ist es ja auch bei den rechten Parteien. Warum soll man ihm also einen positiven Sinn zuschreiben?

CM: Im Widerspruch zu derartigen, simplistischen Definitionen folge ich der Position, die Ernesto Laclau in seinem Buch »On Populist Reason« (2005; »Über populistische Vernunft«) vertritt: Der Populismus ist keine Ideologie und hat keinen besonderen Inhalt; er ist eine diskursive Form, die politische Grenze zu konstruieren. Politik hat immer mit der Konstruktion einer Grenze zwischen dem »Wir« und dem »Sie« zu tun. Und die diskursive Konstruktion des populistischen Typus ist: »Wir«, das sind »die da unten«, die Unterdrückten – und »Sie«,

das sind »die da oben«. Doch um nun endlich auf Ihre erste Frage zu antworten: Das Jahr 2005 war die Zeit des Dritten Weges, mit Tony Blair, Ulrich Beck und der Vorstellung, einen Konsens in der Mitte zu schaffen. Man sah dies als einen großen Fortschritt an, als Beweis, dass die Demokratie reifer geworden sei. Ich habe stattdessen gesagt: Nein, dies ist eine Gefahr für die Demokratie – daraus entwickelt sich ein Rechtspopulismus. Deshalb habe ich mich für das Phänomen Jörg Haider in Österreich interessiert. Dort fand ich bereits ein Beispiel für die Folgen des Postpolitischen. Damals sagte ich, wir müssten die Grenze zwischen rechts und links wiederherstellen. Ich hegte noch die Illusion, dass die sozialdemokratischen Parteien sich umgestalten und zu wirklichen Linksparteien werden könnten. »Agonistik« kam 2014 heraus, da war es inzwischen zur Krise von 2008 gekommen. Zu diesem Zeitpunkt habe ich verstanden: Es gab keine Hoffnung, dass sich die sozialdemokratischen Parteien dem Neoliberalismus entgegenstellen könnten. Mit der Krise von 2008 gab es ein »Gelegenheitsfenster«. Sie hätten diese Konjunktur nutzen können, um zusammen mit dem Staat die bürgerlichen Rechte zu fördern, wie es Roosevelt mit dem New Deal gemacht hatte. Sie haben es nicht getan. Im Gegenteil, sie haben schließlich die Position der Rechten akzeptiert, sie haben den Staat benutzt, um die Banken zu retten. Nun verstand ich: Die Hoffnung, dass sich die sozialdemokratischen Parteien radikalieren könnten, war eine Illusion. Allerdings muss ich sagen: Was jetzt in Großbritannien mit Jeremy Corbyn vor sich geht, zeigt, dass es bestimmte Fälle gibt, in denen sich die Sozialdemokratie schließlich wandeln kann. Denn die Strategie der Labour Party unter Corbyn ist eine linkspopulistische Strategie.

FB: Das Auftreten der Populisten bedeutet jedoch nicht zwangsläufig das Ende des Schemas »Linke gegen Rechte«. In mehreren Ländern – unter anderem in Deutschland – gibt es linke Parteien, die insbesondere auf die Ideen der klassischen reformistischen Linken zurückgreifen, ohne sich dabei als eine radikale oder populistische Linke zu verstehen. Ihr Ziel scheint nicht zuletzt darin zu bestehen, zur Essenz der linken Gesellschaftsanalyse zurückzufinden und ebene Politik zu praktizieren, der sich die Sozialdemokraten inzwischen verweigern.

CM: Aber für mich ist gerade das der Linkspopulismus. Dies ist eine Form der radikalen Sozialdemokratie, die die Forderungen der sozialen Bewegungen aufnimmt und den ökologischen Fragen einen zentralen Platz einräumt.

FB: Warum soll man es dann Populismus nennen?

CM: Weil dieser kollektive Wille die Artikulation einer ganzen Reihe von demokratischen Forderungen sein muss: Dazu gehören selbstverständlich Forderungen der Arbeiterklasse, aber auch die Forderungen des Feminismus, der LGBT, des Antirassismus. Genau das nenne ich ein Volk: eine Äquivalenzkette zwischen einer Vielzahl von demokratischen Forderungen. Man kann sich heute kein soziales Umgestaltungsprojekt vorstellen, das allein auf den Forderungen der Arbeiterklasse beruht.

Der Populismus erkennt die Bedeutung der Affekte in der Politik und die Notwendigkeit an, sie in der Praxis einzusetzen, um sie zu artikulieren.

FB: Ein Hauptelement der Populismen, vor allem von rechts, war stets der Appell an irrationale Emotionen, Ressentiments und Vorurteile, denen jede logisch oder analytisch beweisbare Grundlage fehlt. Ziel der Populisten ist es, die Leidenschaften anzuheizen, die von den etablierten Parteien vernachlässigt wurden, und sie systematisch anstelle von vernünftig begründeten Argumenten zu nutzen, um bei Wahlen das »Volk« zu gewinnen. Warum ist dieses irrationale Element des Populismus für Sie positiv, ja sogar notwendig? Ist es nicht äußerst gefährlich für die Demokratie?

CM: Ein Grund für den Erfolg des Rechtspopulismus ist ja gerade, dass er die Rolle der Affekte in der Politik verstanden hat. Ein politisches Subjekt wird geschaffen, wenn sich die »gemeinsamen Affekte« herauskristallisieren, um einen Begriff Spinozas zu übernehmen. Affekte sind formbar, sie lassen sich für das Ressentiment mobilisieren, doch sie können auch für die Leidenschaft der Gerechtigkeit und die Leidenschaft der Gleichberechtigung mobilisiert werden. Wenn von Leidenschaften die Rede ist, denkt Habermas an den Nationalsozialismus. Aber darin besteht das große

Problem der Linken. Die Nutzung der Leidenschaften durch die Rechte erschreckt sie dermaßen, dass sie meinen, die Linke müsse sich ausschließlich rationaler Argumente bedienen. In Holland habe ich an einer Diskussion über die Einwanderung teilgenommen. Alle brachten Fakten vor. »Das Problem ist, dass die Leute die Statistiken nicht kennen. Es gibt gar nicht so viele Einwanderer, wie man uns weismacht.« Sie glaubten, wenn du den Leuten Fakten lieferst, würden sie sich ändern. Doch die Frage der Einwanderung ist eine Frage der Umgestaltung der Mentalitäten, eine Frage, wie man Formen der Empathie schafft. Der Populismus erkennt die Bedeutung der Affekte in der Politik und die Notwendigkeit an, sie in der Praxis einzusetzen, um sie zu artikulieren. »Podemos« und auch »La France insoumise« (»Unbeugsames Frankreich«) von Jean-Luc Mélenchon begreifen das. Wir müssen den Erfolg rechtspopulistischer Parteien verstehen und erkennen, was wir als Vertreter der Linken davon lernen können.

FB: Also sich von ihren Methoden und Rezepten anregen lassen, um sich der Situation des postdemokratischen Konsenses der Mitte zu widersetzen. Aber das muss nicht heißen, dass man auf die Forderung nach einem Gegensatz zwischen rechts und links verzichtet, oder dass dieser somit gar überholt ist.

CM: Wenn ich für einen Linkspopulismus eintrete, glaube ich nicht, dass der Gegensatz zwischen rechts und links überholt wäre. Man kann ihn jedoch nicht mehr in jenen Begriffen gedanklich erfassen, in denen man ihn sich ursprünglich vorstellte. Es gibt zwei unterschiedliche Arten, die Linke zu verstehen. Auf einer Seite gibt es die Definition mit soziologischen Begriffen: Die Linke ist die Kraft, die für die Interessen der Arbeiterklasse eintritt. Doch es gibt auch noch eine zweite Bedeutung der Linken: eine axiologische Bedeutung, auf der Wertebene. Die Linke bedeutet die Verteidigung der sozialen Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung. Die Linke, das sind all jene, die für soziale Gerechtigkeit und Demokratie kämpfen. Dieses Projekt wird von einem Volk getragen, das in politischer Hinsicht einen Querschnitt darstellt und das man nicht ausgehend von soziologischen Kategorien erfassen kann.

FB: Nun steht aber die Linke einer weiteren Herausforderung gegenüber: Nach der Zeit Blairs, Schröders und Zapateros, als die »neue« Linke selber glaubte, dass es für sie »keine Alternativen« dazu gebe, sich an den schmutzigen Job der Sozialkürzungen zu machen, an den sich zuweilen nicht einmal die Rechte gewagt hatte, muss sie sich jetzt auf der einen Seite als Alternative zum neoliberalen Diskurs der Eliten des Zentrums neu definieren. Doch vor allem muss sie sich mit den Tendenzen des Rechtspopulismus auseinandersetzen, der behauptet, er habe einen wirklich alternativen Diskurs gegen den »alternativlosen« Konsens der Eliten, wobei er gleichzeitig unsere Verfassungsinstitutionen delegitimiert und die Grundlagen unserer Gesellschaften infrage stellt. Wie es zum selben Zeitpunkt auch den mächtigen Aufschwung des politischen Islamismus gibt, der immer stärker als populistische Kraft gegen den westlichen Mainstream auftritt. Selbst wenn man nicht alle Tendenzen vollkommen vergleichen kann, so entstehen sie doch aus derselben, von der postdemokratischen Gesellschaft aufgezwungenen Situation einer fehlenden Alternative.

Wir erleben eine Verarmung der Mittelklasse.

CM: Die einzige Möglichkeit, gegen den Rechtspopulismus zu kämpfen, besteht darin, einen Linkspopulismus zu entwickeln. Nicht die Sozialistische Partei, sondern Jean-Luc Mélenchon kann es in Frankreich mit Marine Le Pen aufnehmen. Zugleich gibt es die Möglichkeit einer neuen, weitaus autoritäreren Hegemonie als der, die wir jetzt haben. Darum ist es für die Linke wichtig, die Konjunktur richtig zu verstehen, damit man die Leute für eine Radikalisierung der Demokratie mobilisieren kann.

In dieser Situation der Postdemokratie, von der Sie gesprochen haben, gibt es zwei Aspekte. Der erste ist das, was ich die Postpolitik nenne: dass es angeblich keine Alternative gibt und dass die Idee der Volkssouveränität obsolet ist. Das habe ich in »Über das Politische« untersucht. Seitdem kommt noch ein zweiter Aspekt hinzu: das, was ich die Oligarchisierung unserer Gesellschaften nenne und was zur Preisgabe des anderen demokratischen Wertes, nämlich der Gleichberechtigung, geführt hat. Das Buch von Thomas Piketty (»Le Capital au XXI^e siècle«, 2013; dt.: »Das

Kapital im 21. Jahrhundert«, 2014) zeigt es zum Beispiel sehr anschaulich: Wir leben unter Bedingungen, wo die Kluft zwischen einer immer kleineren Gruppe von sehr Reichen und einer immer größeren Gruppe von Ärmeren breiter wird. Wir erleben eine Verarmung der Mittelklasse. Doch diese Situation bietet auch eine Möglichkeit. Der Kreis von Wählern, die sich in einem Umgestaltungsprojekt wiedererkennen können, ist tatsächlich viel größer als früher. Wir leben in einer Situation, in der wir einen vielseitigen Widerstand gegen die Postdemokratie feststellen, der außerdem von ganz unterschiedlichen Gesellschaftsschichten ausgeht. Dies ist auch mit dem Übergang vom Fordismus zum Postfordismus verbunden. Heute sind wir alle, nicht nur die Arbeiter, der kapitalistischen Herrschaft unterworfen, selbst die Künstler. Daher gibt es die Möglichkeit, einen Volkswillen zu schaffen, der von all diesen Leuten aus unterschiedlichen Bereichen ausgeht, und sie für ein Radikalisierungsprojekt der Demokratie zu gewinnen.

FB: Gegenwärtig vollzieht sich die Radikalisierung hingegen auf beiden Seiten: auf der rechten und der linken. Was die heutige Situation von der einer, sagen wir, klassischen agonistischen Situation der Rechten und der Linken unterscheidet, ist, dass wir vor dem Hintergrund eines Kapitalismus, der die ganze Gesellschaft und vor allem die unteren Klassen bedroht, einen Kampf sowohl der Rechten als auch der Linken gegen eine Ideologie der Mitte erleben.

CM: Agonismus bedeutet immer: die Rechte gegen die Linke, wenn es eine Konfrontation zwischen einem Projekt der Rechten und einem Projekt der Linken gibt.

FB: In der gegenwärtigen Konjunkturscheint es stattdessen eine dreiteilige Struktur zu geben: Es gibt ein Projekt der Rechten und eines der Linken, die sich gegenseitig bekämpfen, doch gleichzeitig wenden sich alle beide gegen den Konsens der Mitte, der als Urheber des Neoliberalismus angesehen wird. In gewisser Hinsicht haben diese zwei Populismen eine strukturelle Ähnlichkeit: Gemeinsam ist ihnen das antikapitalistische Element.

CM: Der Rechtspopulismus ist nicht zwangsläufig antikapitalistisch.

FB: Das ist sicher richtig, was die konkrete Wirtschaftspolitik dieser Parteien angeht. Aber nicht, was ihren Diskurs angeht. Der wird immer antikapitalistischer, je mehr sich diese Parteien der extremen Rechten annähern. In Deutschland fällt der Aufstieg des Rechtspopulismus mit einer starken Präsenz extremistischer Gruppen und Diskurse in der öffentlichen Wahrnehmung zusammen, wie etwa der identitären Gruppen, die vor drei oder vier Jahren zumindest unsichtbar und unbekannt, wenn nicht gar inexistent waren. Sehen Sie sich die Mobilisierungsvideos der »Identitären Bewegung« an. In einem heißt es: »Wir treten den Verursachern der heutigen Krise, den One-World-Globalisten entgegen. Ausgerechnet ihr, die ihr jahrzehntlang Menschen weltweit für euren Profit ausgebeutet habt, wollt nun die Heilsbringer sein? Wir glauben euren Lügen nicht mehr!« Dieser globalisierungsfeindliche Antikapitalismus bietet immer mehr Parallelen zum rechten Antikapitalismus der dreißiger Jahre. Thomas Ostermeier und ich haben bei der Bearbeitung des Stücks »Italienische Nacht« von Ödön von Horváth – dieses Stück wurde knapp zwei Jahre vor der Machtergreifung der Nazis fertiggestellt und schildert den Konflikt zwischen paramilitärischen Gruppen der Rechten und der Linken – in den Äußerungen der Faschisten im Stück den fast gleichen Inhalt, die fast gleiche Sprache, die heute in den Videos der »Identitären Bewegung« verwendet werden.

CM: Das eine ist es, antikapitalistisch zu sein, das andere, Anti-Establishment zu sein. Und dass es einen antikapitalistischen Rechtspopulismus gibt, soll nicht heißen, dass man deshalb den Kapitalismus gegen den Rechtspopulismus verteidigen muss. Umso dringlicher ist es, dass der Linkspopulismus diese Kapitalismuskritik auf eine Weise formulieren kann, die eine Radikalisierung der Demokratie ermöglicht. Wir dürfen die Kapitalismuskritik nicht den Rechten überlassen.

FB: Mit diesem Punkt bin ich uneingeschränkt einverstanden. Aber die entscheidende Frage ist: Wie soll man diese neue Rechte behandeln? Sieht man sie in einem agonistischen Modell als einen Kontrahenten an, mit dem man einen Dialog führen muss? Oder sind wir bereits in einem antagonistischen Kampf zwischen Verteidigern der Demokratie

und denen, die sie abschaffen und ihre Institutionen beseitigen wollen? Konfrontiert mit einer extremen Rechten, die dem Modell der faschistischen Parteien der dreißiger Jahre nachgebildet ist?

Eine meiner Hauptthesen ist, dass die Hauptverantwortlichen für den Erfolg des Rechtspopulismus die sozialdemokratischen Parteien sind.

CM: Diese Sicht auf die Geschichte hat einen Hang zur Verschwörungstheorie – und hinter ihr steckt eigentlich geistige Trägheit. Für die sozialistischen Parteien ist es bequemer zu sagen: »Das ist Rechtsextremismus. Die Rückkehr der braunen Pest.« Eine meiner Hauptthesen, und darin bin ich einer Meinung mit Didier Eribon, ist, dass die Hauptverantwortlichen für den Erfolg des Rechtspopulismus die sozialdemokratischen Parteien sind, die die Arbeiterklasse im Stich gelassen haben. Sie haben die Arbeiterklasse den Rechten überlassen. Es ist sehr praktisch, wenn man sagt: »Das ist die Rückkehr der archaischen Leidenschaften. Die sind ja im tiefsten Innern Nazis, homophob ...« Nein! Wir müssen uns unbedingt fragen, warum es dazu gekommen ist und wie man diese Leute zurückgewinnen kann. Viele von ihnen stimmen für den Front National, weil Marine Le Pen als Einzige gesagt hat: »Ja, ich verstehe eure Nöte, aber ihr wisst ja, das Problem sind die Einwanderer.« In dem Maße, wie es keinen alternativen Diskurs gab, haben die Leute dann selbstverständlich daran geglaubt. Mit Jean-Luc Mélenchon gibt es jetzt zum Glück einen alternativen Diskurs. Es war sehr interessant zu sehen, was bei den letzten Wahlen in Frankreich geschehen ist. Ich bin eng mit François Ruffin befreundet. Er kandidierte für »La France insoumise« in Amiens, das eine Bastion des FN war. Und er hat bei der Parlamentswahl gegen einen FN-Kandidaten gewonnen. Er hat mir erzählt, welche Diskussionen es vor der Wahl gab. Er diskutierte mit Wählern von Marine Le Pen und versuchte, ihnen begreiflich zu machen: »Wisst ihr, eure Probleme kommen nicht von den Einwanderern. Eure Probleme kommen vom Liberalismus.« Und er hat gewonnen. Das ist außerordentlich.

FB: Sollen wir also mit Anhängern dieser Rechten reden, sie in unsere Räume und Institutionen einladen, um ihnen so zu einem öffentlichen Podium zu verhelfen

und ihre Ideen zu verbreiten? Sollen wir sie als »normale« Parteien des demokratischen Spektrums betrachten?

CM: Selbstverständlich wird man die Führer dieser Bewegungen nicht überzeugen. Worauf es ankommt: dass man sich an die Leute wendet, die für sie stimmen. Und dann kann man nicht im Voraus eine Antwort geben. Das hängt von der jeweiligen Situation ab. Man muss zwischen extremen Rechten und dem Rechtspopulismus differenzieren. Die extreme Rechte ist zwangsläufig antirepublikanisch und antiliberal. Sie wendet sich gegen die Institutionen der pluralistischen Demokratie. Man sollte diesen Parteien nicht gestatten, an den Wahlen teilzunehmen. Das sollte zum Beispiel für die »Goldene Morgenröte« in Griechenland gelten. Aber das gilt nicht für die FPÖ in Österreich, für die Partei von Geert Wilders und auch nicht für die Partei Marine Le Pen. Es können nicht alle zum agonistischen System gehören. Es muss einen »konflikthaften Konsens« geben, einen symbolischen, den Kontrahenten gemeinsamen Raum. Und dieser gemeinsame symbolische Raum muss auf der Zustimmung zu den ethischen und politischen Prinzipien der pluralistischen Demokratie beruhen: Freiheit und Gleichberechtigung für alle. Aber das ist nicht für alles eine Lösung, weil »Freiheit und Gleichberechtigung für alle« ganz unterschiedlichen Interpretationen unterliegt. So akzeptieren Marine Le Pen und die FPÖ diese Werte ja, interpretieren sie jedoch sehr restriktiv, insbesondere, was das »für alle« betrifft. Tatsächlich steht Marine Le Pen bei manchen Fragen weiter links als François Hollande. Derartige Parteien treten für den Wohlfahrtsstaat ein, jedoch nur für die eigenen Staatsbürger. Aber ich glaube, man muss sie trotz alledem im agonistischen Raum akzeptieren. Man muss selbstverständlich gegen ihre Interpretation kämpfen und sie dennoch akzeptieren, weil sie sich zwar an der Grenze des Konsenses, aber noch in seinem Rahmen befinden.

FB: Selbst wenn sie sagen – wie hier etwa Vertreter der AfD, die meistens als eine »lediglich« populistische und nicht extreme Partei angesehen wird –, man müsse auf Flüchtlinge schießen, falls sie einen illegalen Grenzübertritt nach Deutschland versuchen? Wenn sie behaupten, das Holocaust-Mahnmal sei ein »Denkmal der Schande«, das kein anderes Land der Welt in das Herz seiner

Hauptstadt pflanzen würde? Wenn sie wieder von »völkisch« sprechen, also einen Begriff benutzen, den zuerst eine extreme Rechte erfunden hatte und den vor allem die Nazibewegung benutzte? Wenn sie von Dresden als »Hauptstadt des Widerstandes« sprechen, so wie man zur Nazizeit von München als »Hauptstadt der Bewegung« sprach? Ich frage mich, ob wir wirklich eine gemeinsame demokratische Grundlage haben, um mit ihnen zu reden.

CM: Man muss versuchen zu verstehen, warum es Wähler gibt, die für diese Leute stimmen. Welche Gründe haben sie? Und wir von der Linken müssen uns die Frage stellen: Wo haben wir versagt? Das ist für mich das Hauptproblem. Ich glaube nicht, dass alle, die diese Parteien wählen, im tiefsten Innern homophob und rassistisch sind. Ich habe in Frankreich gesehen, wie Mélenchons Strategie funktioniert hat. Und bei den letzten Wahlen in Großbritannien konnte Jeremy Corbyns »Labour Party« 30% von denen zurückgewinnen, die zuvor für die UKIP gestimmt hatten.

Wir müssen die Bedeutung der Arbeiterklasse wieder anerkennen, ohne jedoch auf die anderen Kämpfe zu verzichten.

FB: Aber wie kann man die Wähler der populistischen Rechten überzeugen, ein Projekt der Linken anzunehmen? Darin besteht hier in Deutschland die große Schwierigkeit der Partei »Die Linke«. Einer Partei, die ganz ausdrücklich für die Interessen der Arbeiter und besitzlosen Klassen eintritt, die die Sozialdemokraten nach ihrem Mitte-Rechts-Ruck nicht mehr auf der Agenda haben. Trotzdem ist das für sie nicht genug, um die Wähler gerade jener Gesellschaftsschichten zu mobilisieren, die von den Parteien der Mitte vergessen wurden. Die Linken haben viele Wähler an den Rechtspopulismus verloren.

CM: Vor zwei Tagen habe ich Katja Kipping getroffen und ihr mein Bedauern über die Wahlergebnisse geschildert. Sie antwortete: »Nein, die Ergebnisse sind für uns gar nicht so schlecht. Wir sind von der Nr. 3 zur Nr. 5 geworden, doch wir haben 500.000 Stimmen dazu gewonnen. Wir haben viele junge Leute gewonnen.« Wenn Sie so wollen, ist die Lage für »Die Linke« also nicht ganz und gar verzweifelt. Doch zuallererst muss wir uns

für jene Volksschichten interessieren, die die Verlierer der Globalisierung sind. Wir müssen die soziale Frage wieder zum Mittelpunkt der Agenda machen, denn man hatte sie aufgegeben. Aber Vorsicht! Dabei darf man nicht auf die anderen Forderungen der Linken, wie etwa des Feminismus, verzichten. Katja Kipping sagte, hier habe der Erfolg des Buches von Didier Eribon unter anderem dazu geführt, dass einige Mitglieder der Partei »Die Linke« sagten: »Das Problem ist, dass die Arbeiterklasse abgehängt wurde. Jetzt müssen wir uns damit beschäftigen. Der Feminismus und alle anderen demokratischen Kämpfe sind in diesem Moment nicht so wichtig.« Damit bin ich überhaupt nicht einverstanden. Wir müssen die Bedeutung der Arbeiterklasse wieder anerkennen, ohne jedoch auf die anderen Kämpfe zu verzichten. Das nenne ich »ein Volk«: einen kollektiven Willen, der alle demokratischen Forderungen artikuliert. Ich glaube, dass man einen Teil der Wähler des Rechtspopulismus zurückgewinnen kann. Denn ihre Forderungen sind demokratische Forderungen, diese Leute wollen eine Stimme haben.

FB: Gleichzeitig besteht für die linken Bewegungen die große Schwierigkeit darin, dass es viel leichter scheint, Affekte gegen die Einwanderer als gegen die transnationalen Unternehmen zu mobilisieren. Das Aufkommen des Rechtspopulismus in Deutschland ist mit dem Phänomen der sogenannten »Flüchtlingskrise« eng verbunden. Mit ihr hat die Rechte ein wirklich als Triebkraft dienendes Thema gefunden: den deutschen Nationalismus und den Schutz gegen den Anderen, gegen den Fremden. Und das ist wirklich eine Rückkehr zur »archaischen Finsternis«. Sogar ein Teil der Linken nähert sich allmählich diesen fremdenfeindlichen Vorstellungen an, um nicht die Stammwähler aus der Arbeiterklasse zu verlieren, denn man befürchtet offenbar, man könnte sie mit einem echten, für die Linke spezifischen Diskurs nicht mobilisieren. Die Frage ist also: Wie kann man leidenschaftliche Anteilnahme für den Kampf gegen die Macht des globalisierten Kapitalismus und der multinationalen Unternehmen, doch auch für die demokratischen Werte der Weltoffenheit und des Pluralismus wecken? Eine Leidenschaft, die die gleiche Mobilisierungskraft wie Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit haben soll?

CM: Das ist ein kompliziertes Problem, das nur im nationalen Rahmen gestellt werden kann. Ich glaube zuversichtlich an einen linken Patriotismus. Im Gegensatz zu vielen Linken glaube ich, dass der Patriotismus ein wichtiger Wert ist, denn er mobilisiert die Affekte. Für die Menschen ist die nationale Identität etwas Wichtiges. Darum bin ich nicht mit Habermas und seiner postnationalen Identität einverstanden. In Frankreich gibt es die glückliche Lage, dass die Republik wegen der Französischen Revolution etwas ist, das sich von der Linken leicht mobilisieren lässt. In Deutschland und Österreich ist das viel komplizierter. Trotzdem gibt es in der österreichischen wie in der deutschen Geschichte eine ganze Tradition der Linken, an die sie sich anschließen können. Wenn man die Affekte mobilisieren will, ist die Frage des Patriotismus ausschlaggebend.

FB: Aus der Sicht einer linken Tradition bedeutet ein solcher Patriotismus eher einen Bruch. Er stellt einen deutlichen Widerspruch zur internationalistischen Identität der historischen Linken dar, und er verleugnet in gewisser Weise die Bemühungen aller linken Aktivisten, die während des Ersten Weltkriegs als Einzige die Rechtmäßigkeit dieses Kriegs infrage gestellt haben – von Lenin und Trotzki bis zur USPD in Deutschland. Kann die Linke des 21. Jahrhunderts keinen anderen mobilisierenden Bezugspunkt als ein so überaltertes Konzept wie das der nationalen Identität finden?

CM: Man muss ihm eine neue Bedeutung geben! In Entscheidungssituationen konnte man stets feststellen, wie stark die nationalen Affekte wirken. Es ist gefährlich, sie zu unterschätzen – wie in der Zeit des Ersten Weltkriegs. Während Jean Jaurès glaubte, dass sich das deutsche und das französische Proletariat zusammenschließen würden, hat man in der Entscheidungssituation tatsächlich gesehen, dass die nationalen Affekte weitaus wichtiger waren. Wir müssen realistisch sein, wir können die nationalen Affekte nicht verleugnen.

FB: Wenn »realistisch zu sein«, bedeutet, dass man den Nationalismus und den von mehreren Bewegungen der populistischen Linken, wie Mélenchon, öffentlich vertretenen Anti-Europäismus unterstützt, so sehe ich das recht kritisch. Doch es ist auch eine realistische Position, wenn

man anerkennt, dass es in der Geschichte mehrere Momente gegeben hat, in denen uneigennützig Solidarität stärker als nationale Affekte war. Das war zu sehen, als im Jahre 2015 mehrere hunderttausend Kriegsflüchtlinge nach Deutschland kamen. Die erste Reaktion der Bevölkerungsmehrheit war solidarisch – selbst wenn es später zu einem Bruch mit dieser Haltung kam. Die Frage müsste sein: Wie kann man über eine kurzzeitige Empathie hinausgehen und sie zu einer nachhaltigen Politik umwandeln? Und nicht: Wie kann man sie mit den nationalen Affekten, die auf jeden Fall stärker sind, in Übereinstimmung bringen?

Warum kann man nicht einen linken Patriotismus entwickeln, der weltoffen ist?

CM: Warum kann man nicht einen linken Patriotismus entwickeln, der weltoffen ist? Patriotismus heißt nicht Nationalismus. Der Patriotismus ist eine Identifikation mit den Werten ihrer eigenen politischen Gemeinschaft. Diese Werte können ja gerade darin bestehen, den anderen gegenüber offen zu sein. Die Französische Revolution hat den Juden das Bürgerrecht gegeben – das ist eine weltoffene Haltung.

FB: Also ein Patriotismus, der eher mit Ideen und Werten als mit der Nation im ethnischen Sinn verbunden ist, was letztlich aber gar nicht so weit weg von Habermas und seinem »Verfassungspatriotismus« ist. Und welche politische Strategie entwickelt dieser linke patriotische Populismus, um Änderungen durchzusetzen?

CM: Ich nenne es »radikalen Reformismus«. Heute gibt es einerseits eine sozialdemokratische reformistische Linke und andererseits eine revolutionäre Linke. Im revolutionären Modell sind die Opponenten zwangsläufig Feinde. Dies lässt sich nicht mit der Aufrechterhaltung einer pluralistischen Demokratie vereinbaren. Andererseits ist eines der Probleme, die wir in der Linken erlebt haben, dass nach der Krise des kommunistischen Modells die Idee einer radikalen Umgestaltung vollständig diskreditiert wurde. Die Vertreter der Linken gingen schließlich dazu über, das liberale Modell zu akzeptieren. Opponenten wurden als Mitbewerber angesehen, die staatliche Führungspositionen besetzen würden, jedoch ohne, dass es je zu einer Umgestaltung der

Machtverhältnisse kam. Der Linkspopulismus ist eine neue Möglichkeit, eine linke Strategie zu konzipieren, die sich nicht mit der Vorstellung abfindet, das Einzige, was man tun könne, bestehe in kleinen Reformen – die jedoch ebenso wenig annimmt, man müsse alles auf den Kopf stellen, um einen Wandel herbeizuführen. Jaurès sprach von »revolutionärem Reformismus«. Ich trete für Gramscis Strategie des Engagements in den Institutionen ein: für den Stellungskrieg. Man muss wieder die Möglichkeit finden, wesentliche Änderungen durchführen zu können, ohne das System zu zerstören, um etwas vollständig Neues zu begründen. Der Linkspopulismus ist diese Strategie des radikalen Reformismus.

Aus dem Französischen von Ulrich Kunzmann